



## Protokoll des Zürcher Kantonsrates

---

### 53. KR-Sitzung, Montag, 6. Mai 2024, 09:15 Uhr

Vorsitz: *Sylvie Matter (SP, Zürich),*

*Jürg Sulser (SVP, Otelfingen)*

*Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim)*

### Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen ..... 2**  
Zuweisung von neuen Vorlagen
- 2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates ..... 3**  
für Beat Monhart  
KR-Nr. 146/2024
- 3. Wahl der Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrates für das  
Amtsjahr 2024/2025 ..... 4**  
Antrag der Interfraktionellen Konferenz  
KR-Nr. 122/2024
- 4. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission über die  
wirtschaftlichen Unternehmen ..... 19**  
für Beat Monhart  
Antrag der Interfraktionellen Konferenz  
KR-Nr. 107/2024
- 5. Ersatzwahl eines Mitglieds des Spitalrates der Psychiatrischen  
Universitätsklinik Zürich für die Amtsdauer 2023–2027 ..... 20**  
Antrag des Regierungsrates vom 6. März 2024 und Antrag der  
Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 2. April 2024  
Vorlage 5946
- 6. Finanzkrise bei den Zürcher Spitälern ..... 22**  
Dringliche Interpellation Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Brigitte  
Rösli (SP, Illnau-Effretikon), Nicole Wyss (AL, Zürich), Claudia Frei  
(GLP, Uster), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil) vom 15. April 2024

7. **Verschiedenes**..... 37

Einladung zum Apéro

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

**1. Mitteilungen****Geschäftsordnung**

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste?  
Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

***Zuweisung von neuen Vorlagen***

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Abrechnung des Objektkredits für den Neubau eines Kreisels und die Redimensionierung der 634 Feldstrasse in Urdorf**

Vorlage 5287b

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Abrechnung des Objektkredits für die Neunutzung der Klosterinsel Rheinau, Projektteil Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen und Gastronomie**

Vorlage 5107a

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 226/2019 betreffend Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung**  
KR-Nr. 226a/2019

Zuweisung an die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich für das Jahr 2023**

Vorlage 5954

Zuweisung an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit:

- **42+4h/Woche Arbeitszeit für Assistenzärztinnen und -ärzte**  
KR-Nr. 10/2024

## 2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für Beat Monhart

KR-Nr. 146/2024

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Wir dürfen heute ein neues Ratsmitglied begrüßen, und zwar anstelle von Beat Monhart. Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügung zukommen lassen.

*Ratssekretärin Monika Wicki verliest die Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 19. März 2024:* «Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2023 bis 2027 im Wahlkreis XI, Hinwil.

Die Direktion der Justiz und des Innern, gestützt auf Paragraph 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003, verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis XI, Hinwil, wird für den zurücktretenden Beat Monhart (Liste 07, Evangelische Volkspartei, EVP) als gewählt erklärt:

*Andrea Grossen-Aerni, geboren 1973,  
Dozentin Sozialpädagogik, wohnhaft in Wetzikon.»*

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Ich bitte, die Gewählte eintreten zu lassen. Andrea Grossen, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglied des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraph 4 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten.

Ich bitte, die Eingänge zu schliessen. Die Anwesenden erheben sich. Ich bitte die Ratssekretärin, das Amtsgelübde zu verlesen.

*Ratssekretärin Monika Wicki verliest das Amtsgelübde:* «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Andrea Grossen, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen: «Ich gelobe es.»

*Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon):* Ich gelobe es.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihren Platz einnehmen. Sie können wieder Platz nehmen, die Eingänge können geöffnet werden.

Das Geschäft ist erledigt.

### **3. Wahl der Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrates für das Amtsjahr 2024/2025**

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 122/2024

#### ***Rede der abtretenden Kantonsratspräsidentin***

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Ein Provisorium ist nur dann ein Provisorium, wenn es auch irgendwann endet, und da sind wir nun. Bei meiner Antrittsrede vor einem Jahr hatte ich erklärt, Ihnen keinen Vortrag über Ratseffizienz zu halten. Ich deklarierte, dass ich Ihnen nicht ans Herz lege, zu überdenken, ob es wirklich notwendig ist, als vierte Sprecherin, als vierter Sprecher zu einer Vorlage diese auch zum vierten Mal zu erläutern. Und ich begründete diese Entscheidung mit Oscar Wilde (*irischer Schriftsteller*), der sagte, dass der Mensch ein vernunftbegabtes Wesen ist, das immer dann die Ruhe verliert, wenn von ihm verlangt wird, dass es nach Vernunftgesetzen handeln soll. Auch wenn man nun denken könnte, dass Sie durch die 79 Stimmen bei der Debatte zur Pistenverlängerung (*Vorlage 5720*) oder die 41 Stimmen bei der Seeuferweg-Debatte (*Vorlage 5848*) Oscar Wilde Lügen strafen, so können wir doch feststellen, dass heute 66 Traktanden weniger auf der Liste stehen als vor einem Jahr – vielleicht hat Wilde also doch recht –, 66 Traktanden weniger trotz den wöchentlichen Sitzungen, trotz den Doppelsitzungen, trotz der Beibehaltung aller Dinge, die angeblich für die Länge der Traktandenliste verantwortlich sind. Es scheint also nicht an diesen zu liegen, sondern am vernünftigen Verhalten der Ratsmitglieder, wie gut wir vorwärtskommen.

Insgesamt hat der Rat dieses Jahr an 52 Sitzungen 415 Traktanden behandelt. Fünfzigeinhalb dieser Sitzungen durfte ich leiten sowie 33 Sitzungen der Geschäftsleitung, drei Koordinationssitzungen mit den Kommissionspräsidenten und zwei Austauschsitzungen mit dem Regierungspräsidenten (*Mario Fehr*) sowie diverse Sitzungen kleinerer Arbeitsgruppen und dabei insgesamt 89 Sitzungsleitfäden folgen, die die Parlamentsdienste verdankenswerterweise

immer vorbereiten. 101-mal durfte ich auf die Glocke schlagen, die der Gemeinderat (*der Stadt Zürich*) einst dem Kantonsrat schenkte, und ungezählt oft schlug ich mit dem Stift dagegen, um Sie zur Ruhe zu mahnen. Dass ich es dabei auch mit Oscar Wilde hätte versuchen sollen, darauf hätte setzen sollen, dass Sie vernünftigerweise ruhig sind, wenn ich nur nicht an Ihre Vernunft appelliere, wage ich dann doch zu bezweifeln; zu sehr ist Viel-Reden Parlamentarierinnen und Parlamentariern inhärent. Reden ist auch ein wichtiger Teil der Aufgabe einer Ratspräsidentin, 15 Würdigungen durfte ich hier im Rat verlesen. Ebenso viele «Chlaus-Sprüchli» habe ich für die Geschäftsleitung geschrieben. Rund 50 Reden habe ich in diesen 52 Wochen geschrieben, gezeichnet, gehalten. An rund 190 Anlässen habe ich versucht, diesen Rat unserem Kanton angemessen zu repräsentieren. Und um transparent zu zeigen, was ein Ratspräsidium alles macht, habe ich 1262 Storys auf Instagram und Facebook veröffentlicht, in 51 Posts die einzelnen Wochen zusammengefasst. So viele Zahlen für 364 Tage, und gefragt werde ich immer nur nach der «1», nach dem einen Erlebnis in diesem Jahr, das am meisten bleibt, die eine spezielle Bekanntschaft, die eine Veranstaltung. Ob es die Eröffnung der OLMA (*Schweizer Messe für Landwirtschaft und Ernährung in Sankt Gallen*) mit dem wunderbaren Zürcher Auftritt sei, das Grusswort bei einem kleinen, fast familiären Verein, die Maturarede an meiner ehemaligen Schule, der Besuch gemeinsam mit der höchsten Stadtzürcherin (*Gemeinderatspräsidentin Sofia Karakostas*) bei der höchsten Zoolürcherin (*gemeint sind die dortigen Giraffen*), das erste Reuss-Treffen oder einer der vielen anderen Anlässe – so viele Antwortmöglichkeiten, dass ich die Fragenden enttäuschen muss. Die Frage nach dieser einen Zahl, die kann ich nicht beantworten. Zu vielfältig waren die schönen Erlebnisse in diesem Jahr, so vielfältig wie unser Kanton und die Menschen, die ihn ausmachen.

Was ich jedoch beantworten kann, ist, was mir wichtig war in diesem Jahr: Es war mir wichtig, den Menschen, die sich in Vereinen und Verbänden engagieren, Danke zu sagen, Danke für ihre ehrenamtliche Arbeit, die das Fundament unserer Gesellschaft ist. Der Schweizer Bundesstaat ist entstanden aus den Diskussionen in den Vereinen. Er entsteht immer wieder neu im Diskurs, in den öffentlichen Auseinandersetzungen, im aktiven Gestalten dieser Gesellschaft. Er lebt von Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, die an ihm teilhaben. Darum sind die Vereine wichtig für uns, wir müssen ihnen Sorge tragen.

Es war mir in diesem Jahr wichtig, den Kantonsrat besser mit unseren Nachbarn zu verbinden. Ich bin darum glücklich, dass ich dieses Jahr zum einen das Hörnli-Treffen durchführen konnte, ein Treffen mit den Ratspräsidien von Sankt Gallen und Thurgau, was mir ermöglichte, ihnen einen ein biss-

chen anderen Blick auf die Stadt Zürich zu geben, und dass mich zum anderen die Parlamentsdienste dabei unterstützt haben, das Reuss-Treffen zu initiieren, ein Treffen der Ratspräsidien aller Kantone entlang der Reuss, um die Kommunikation unter den Parlamenten von Uri, Luzern, Zug, Aargau und Zürich zu verbessern, weil wir trotz der Verschiedenheiten alle immer wieder vor den gleichen Herausforderungen stehen, weil wir aus den Erfahrungen der anderen lernen können. Es war mir aber vor allem wichtig, diesen Rat so zu leiten, dass er seine Aufgaben erfüllen kann. Wie vor einem Jahr gesagt, sind wir Provisorien in einem Provisorium, die neben Familie und Beruf nur über begrenzte Zeit für die Ratsarbeit verfügen. Und es war und es ist mir ein Anliegen, dass wir einen möglichst kleinen Teil dieser Zeit verschwenden für Diskussionen über Sitzungsrhythmen, das Stattfinden von Nachmittagsitzungen oder über Sitzungen während Schulferien, sondern dass wir diese Zeit dafür einsetzen, wofür wir gewählt wurden, für eine gute Gesetzgebung, für das Ausüben der parlamentarischen Kontrolle, dass wir uns die Zeit nehmen, um genau hinzuschauen und, wo nötig, Lösungen anzustossen. Denn das sind wir den Wählerinnen und Wählern gegenüber schuldig.

Sie, geschätzte Mitglieder, haben mir vor einem Jahr das Vertrauen geschenkt, sodass ich mich diesen drei mir wichtigen Themen widmen konnte. Darum ist jetzt die Zeit gekommen, um Danke zu sagen: Danke, dass Sie mir durch die Wahl vor 364 Tagen diese Möglichkeit gegeben haben. Danke an meine Fraktion, dass sie darauf vertraute, dass ich dieses Amt ausüben kann, und mich nominiert und in diesem Jahr gestützt hat. Danke an die Mitarbeitenden der Parlamentsdienste, dass sie mir dieses Jahr mit Rat und Tat zur Seite standen und mich unterstützt haben. Und vor allem ein herzliches Dankeschön an meine Familie für das Rücken-Freihalten, das Kraft-Geben, das Ruhepol-Sein. Ohne euch wäre dieses Jahr nicht möglich gewesen, tausend Dank.

Nun endet meine Zeit im Präsidium, ein Provisorium ist vorbei, ein neues beginnt. Es war mir eine Freude und Ehre, diesen Rat zu präsidieren, zu repräsentieren, die Vielfalt unseres Kantons, der Menschen, die in ihm leben, zu erleben. Und, um noch mit einem Präambelzitat zu enden, ich bin nach der Erfahrung dieses Jahres noch überzeugter als davor, dass wir nur durch die Achtung dieser Vielfalt in der Einheit leben können. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein. Danke vielmals. (*Applaus*)

### ***Wahl des Kantonsratspräsidenten***

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Zuerst müssen wir das Präsidium neu besetzen. Gemäss Paragraf 125 des Kantonsratsgesetzes ist geheime Wahl vorgeschrieben. Ich klinge nochmals, falls noch jemand draussen ist.

*Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Jürg Sulser, SVP, Otelfingen.*

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass im Saal und auf der Tribüne ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Türen sind zu schliessen. Zur Ermittlung der Präsenz drücken Sie bitte Taste 1.

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind.

Es sind 173 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen und bitte Sie, auf Ihren Plätzen zu bleiben, bis das Ergebnis der Wahl bekannt ist. Sie sind damit einverstanden.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	173
Eingegangene Wahlzettel	173
Davon leer	18
Davon ungültig	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	155
Absolutes Mehr	78
Gewählt ist Jürg Sulser mit	139 Stimmen
Vereinzelte	<u>16 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	155 Stimmen

Ich gratuliere Jürg Sulser zur ehrenvollen Wahl und wünsche viel Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus*)

Ich bitte dich, auf diesem Stuhl Platz zu nehmen. Die Türen können geöffnet werden.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* «Ich erfülle das Amt so wie ich es kann, und das kommt auch gut.» So hat es Sylvie vor ihrem Amtsantritt als Ratspräsidentin in einem Interview angekündigt. Und heute kann man feststellen, sie hatte recht. Sylvie hat den Rat ein Jahr lang souverän geleitet und – das sage ich im Namen der politischen Konkurrenz – auch unparteiisch. Alle Befürchtungen, die unsereins zu hegen pflegt, wenn eine Linke ans Ruder kommt, haben sich für einmal als unberechtigt erwiesen. Sylvie brachte für dieses Amt allerdings auch beste Voraussetzungen mit. Sie verfügt trotz ihrem immer noch halbwegs jungen Alter über eine grosse politische Erfahrung und sie kennt vergleichbare Aufgaben aus ihrem Beruf als Lehrerin. Auch im Schulzimmer geht es ja darum, die Arbeit in einer bunt zusammengesetzten Gruppe zielgerichtet voranzubringen, neutral zu sein, ein gewisses Mass an Disziplin durchzusetzen und gelegentlich mit Renitenz umzugehen. Dieser berufliche Hintergrund war in Sylvies Amtsführung durchaus spürbar, zum Beispiel in der sehr sorgfältigen Vorbereitung der Sitzungen. Damit war sie in der Lage, sicher durch die Geschäfte zu führen und auch nicht aus der Ruhe zu kommen, wenn plötzlich einer behauptet hat, er dürfe noch 20 Minuten reden statt nur 10. Sie wies den Fehlbaren dann einfach gütig darauf hin, dass die neuen Redezeiten nun doch schon seit längerem in Kraft seien. Eine pädagogisch wohlplatzierte Bemerkung, die sanft daran erinnerte, dass da offenbar noch Hausaufgaben zu machen waren. Gerade in den Disziplinen des Mahnens und Tadelns bietet das Lehrerinnenrepertoire ja einiges, auch mit direkteren Formulierungen als im Falle der Redezeit, so zum Beispiel: «Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe im Saal. Es ist die ganze Zeit ein ziemliches Geschwätz.» Oder fast noch eindrücklicher: «An alle jene, die jetzt hereinkommen: Ich habe viermal geklingelt, viermal! In der Schule klingelt es zweimal, und dann hat man einen Eintrag.» (*Heiterkeit*) Eine leichte Beklemmung bei den Betroffenen war da schon zu spüren. Ein im Schulzimmer gut erprobtes Mittel ist es ausserdem, den Anwesenden klar zu machen, dass es nur an ihnen liegt, wie lange es noch geht. In der dezenten Variante konnte das im Rat so klingen: «Zur Info: Ich plane dieses Geschäft noch fertig zu machen vor der Pause.» Oder mit etwas mehr Nachdruck: «Egal, wie viele (*die Taste für eine Wortmeldung*) noch drücken, wir machen dieses Traktandum heute noch fertig.» Und wie in der Schule ist es natürlich auch im Rat wirkungsvoll, die Leute daran zu erinnern, dass man wirklich alles im Blick hat. Ich zitiere nochmals: «Es wird nicht mehr gedrückt, die Rednerliste ist geschlossen. Ich sehe, wenn gedrückt wird.» (*Heiterkeit*) Ich will aber keinesfalls den Eindruck erwecken, Sylvie habe hier ständig Debatten abkürzen wollen. Sie gehört nämlich zu jenen, die ausdrücklich anerkennen, dass Parlamentsdebatten Zeit brauchen. Aber sie war eben auch mit Debatten konfrontiert, die wirklich kein Ende nehmen wollten, allen voran jene zu den



Pistenverlängerungen am Flughafen, die fast länger dauerte und mehr Turbulenzen verzeichnete als ein mittlerer Interkontinentalflug.

Sylvie hat sich aber nicht nur hier auf dem Pilotinnensitz bewährt, sondern auch in der Repräsentation ausserhalb des Rates. Sie hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten als geistreiche Rednerin mit profundem Geschichtswissen profiliert. Ihre Reden entwickelte sie aus kunstvoll gestalteten Brainstormings, wie man auf Instagram sehen kann. Dort hat Sylvie ihr Präsidentinnenjahr ausführlich dokumentiert und so diese Funktion auch politikferneren Kreisen nähergebracht. Sie überzeugte hier nicht nur mit dem Bildmaterial, sondern auch mit ihren prägnanten Erläuterungen dazu. Ein Beispiel: «Woche 29 als Kantonsratspräsidentin war viel Gruppenfoto.»

Es gibt also kaum etwas, das man Sylvie zum Ende ihres Präsidentinnenjahres ankreiden könnte, höchstens vielleicht, dass sie sich auch mal milden Spott gegen die Vizepräsidenten erlaubt hat. Ich zitiere: «Der Vizepräsident spielt wieder mit der Abstimmungsanlage» oder auch «Es wäre schön, wenn einer meiner Vizepräsidenten schon das absolute Mehr ausgerechnet hätte». Die Vizepräsidenten, das darf ich hier sicher festhalten, haben sich alle Mühe gegeben und ihre Sache im Grossen und Ganzen recht gemacht. Und sie werden sich natürlich genauso Mühe geben, das bei Sylvie Gelernte zur Geltung zu bringen, sobald sie an der Reihe sind.

Zum Abschluss möchte ich dir, Sylvie, sehr herzlich danken für deinen Einsatz als Präsidentin und für die kollegiale Zusammenarbeit. Es war zu spüren, dass du diese Aufgabe gern ausgeführt hast. Und gleichzeitig zweifle ich auch nicht daran, dass du keine Mühe hast, sie wieder abzugeben. Denn jetzt gewinnst du wieder mehr Spielraum für die politische und die berufliche Arbeit und für die Familie. Und ich nehme an, dass sich deine Instagram-Gefolgschaft auch auf viele neue Zeugnisse deines Fotografie-Talents freut, auf Porträts von Politikerinnen und Politikern vielleicht, aber wahrscheinlich fast noch mehr auf die von dir favorisierten Erdmännchen. Liebe Sylvie, herzlichen Dank. (*Applaus*)

Liebe Sylvie, ich möchte dir im Namen von uns allen zuerst einmal den Silbernen Löwen des Kantonsrates Zürich überreichen für dein super Präsidialjahr und zweitens natürlich auch noch das Blümchen von uns allen für die tolle Zusammenarbeit. Danke vielmals. (*Applaus. Der Ratspräsident überreicht Sylvie Matter den Silbernen Löwen und einen Blumenstrauss.*)

Jetzt möchte ich noch Sibylle Marti und Tobias Langenegger das Wort geben, damit sie noch eine Würdigung von Sylvie machen können.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Sehr geehrte Frau Altkantonsratspräsidentin, liebe Sylvie, anlässlich deiner Wahl zur Kantonsratspräsidentin vor einem Jahr hast du, liebe Sylvie, uns allen eine Ausgabe der Zürcher Verfassung

geschenkt und dazu Folgendes gesagt: «Ich gebe Ihnen heute die Verfassung mit auf den Weg, der wir alle verpflichtet sind, damit wir alle daran denken, die begrenzte Zeit, die wir als Provisorien in diesem Provisorium haben, so einzusetzen, dass das Ergebnis unseres Wirkens kein provisorisches ist, damit uns stets bewusst ist, dass wir uns genügend Zeit nehmen müssen, damit das Ergebnis unseres Wirkens für diesen Kanton allen dient, die in diesem Kanton leben.» Du hast uns Kantonsrätinnen und Kantonsräte damit zur Bescheidenheit angemahnt. Wir sollen die Verfassung und unser Amt wichtiger nehmen als uns selber, denn Politikerinnen kommen und gehen, während der Rat, die Verfassung und die Gesetze, die wir beschliessen, länger Bestand haben und uns überdauern sollten. Wir sind zwar nicht bloss Staffage, wir haben durchaus eine verantwortungsvolle Funktion, aber eben nur auf Zeit oder, um deine Worte zu benutzen, eben nur provisorisch.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Dieses Verständnis unseres Amtes als Kantonsrätinnen und Kantonsräte steht sinnbildlich dafür, was dir in diesem Jahr wichtig war und was du gelebt hast. Du hast die Institutionen dieses Rates hochgehalten, sie kamen für dich stets an erster Stelle. Du hast sie gepflegt, geschützt und vor allem auch mit Leben gefüllt. Du bist ganz in deinem Amt aufgegangen. Eine würdige und selbstbewusste Repräsentation des Rates war dir wichtig, ebenso der Sinn für kantonsrätliche Gepflogenheiten. Hier kam dann immer wieder die Historikerin in dir zum Vorschein – mit einem feinen Gespür für das Zusammenspiel von Wandel und Tradition. Dies hat auch die politische Gegenseite geschätzt. So meinte Tobias Weidmann, Chef der SVP-Fraktion, Sylvie fülle das Amt der Ratspräsidentin nicht einfach aus, sondern sie lebe es mit grossem Einsatz, viel Engagement und einer guten Portion Humor. Und der Chef der FDP-Fraktion, André Müller, bemerkte, Sylvie sei eine strenge, faire und humorvolle Präsidentin gewesen. Sie hat uns bei zu langen Reden abgeklemmt. Sie hat den FDP-Fraktionspräsidenten richtigerweise ab und zu wegen Ungehorsams gerügt. Sie hat aber stets das Amt in den Vordergrund gestellt, sich selber darin aber nicht so ernstgenommen. Wir werden dich vermissen.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Die forschende Neugierde und das vielseitige Interesse der Historikerin hat man auch anlässlich der zahlreichen Veranstaltungen, die du, liebe Sylvie, in diesem Jahr als höchste Zürcherin besucht hast, gespürt. Für deine Ansprachen bist du oft tief in die Geschichte der Vereine und Organisationen, bei denen du eingeladen warst, eingetaucht, hast aufwendig recherchiert und bisweilen unbekannte oder vergessene Erkenntnisse und Anekdoten zutage befördert. So konnte man zum Beispiel

lernen, dass unsere hochverehrten Regierungsmitglieder im Figurenpanorama von Gottfried Keller (*Schweizer Dichter und Politiker*), notabene dem ersten Zürcher Staatsschreiber, wohl am ehesten mit den Leuten von Seldwyla vergleichbar wären. Wer dabei «Pankraz, der Schmoller» und wer «Romeo und Julia auf dem Dorfe» gäbe, blieb allerdings offen.

Beeindruckend und richtiggehende Kunstwerke waren die gezeichneten und gemalten Skizzen, die dir als roter Faden für deine frei vorgetragenen Reden dienten. Dein Notizbuch müsste eigentlich dem Staatsarchiv übergeben werden, damit es für die Nachwelt überliefert wird.

Dein grosses Interesse, unseren Kanton in deinem Präsidialjahr in all seinen Facetten kennenzulernen, hat aber auch dazu geführt, dass der bislang unangefochtene König bezüglich der Teilnahme an sogenannten «Hundsverlochten» (*gemeint ist Regierungsrat Mario Fehr*) nicht umhinkam festzustellen, dass du ihm diesen Titel alsbald streitig machen könntest. Die Bilanz dieses Präsidialjahres ist aber auch in anderen Belangen bemerkenswert.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Hier ein paar Zahlen, du hast ja schon einige erwähnt: Letzte Woche hattest du deine 52. und letzte Ratssitzung. Gefehlt hast du einzig und allein an einer: beim Sechseläuten. Das ist ja immer so etwas der bürgerliche Gradmesser, die Beratungsdauer des Budgets, und auch dort hast du mit 468 Minuten für das Budget und circa 50 Minuten für den Steuerfuss sicher einen Platz in den Top 3 der kürzesten Budgetdebatten gewonnen. Dafür hattest du – auch das habt ihr beide schon erwähnt – ein paar Monsterdebatten zu stemmen. Die Pistenverlängerung (*Vorlage 5720*) ging nämlich 384 Minuten respektive über sechs Stunden und die Debatte zur Antichaoteninitiative (*Vorlage 5892*) 200 Minuten. Überhaupt hattest du viele Initiativen zu bewältigen. Auch die Seeuferweg-Initiative ging nochmals gut drei Stunden. In den 52 Sitzungen – das ist immer ganz entscheidend – konntest du dreimal einen Stichentscheid fällen. Den hast du natürlich konsequent zugunsten der Ratslinken gefällt.

Sehr eindrücklich sind aber auch die Zahlen zu deinem Engagement ausserhalb des Ratsbetriebs. Hier wird es etwas schwieriger mit der Statistik. Nach unseren Social-Media-Recherchen warst du an über 100 Anlässen; du hast es vorhin gesagt, es waren effektiv 180 Anlässe. Dazu gehörte so ziemlich alles: Ein Essen mit Bundesräten, Besuche von anderen Kantonsparlamenten, aber sogar in Brüssel warst du, diverse Preisverleihungen und zig Vereins- und Sportanlässe. Auffällig ist, dass du dich scheinbar gleich wohlfühlst, egal, ob hohes Militär, ausgelassenes Tanzen an der Streetparade oder beim Jubiläum des Fischervereins aus Männedorf, Stäfa und Uetikon. Dass du es sogar geschafft hast, den Böögg vor der Explosion zu

bewahren, das fanden wir dann schon ein bisschen radikal (*der Böögg konnte am Sechseläuten 2024 wegen zu starkem Wind nicht verbrannt werden*).

Hier ist aber vor allem hervorzuheben, dass du mit deinem Instagram-Engagement auch ganz viel für die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments gemacht hast. Mit deinen frischen Berichterstattungen hast du den Kantonsrat auch für politikferne Menschen greif- und erlebbar gemacht.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Während des ganzen Jahres hattest du, liebe Sylvie, eine klare Linie. Du hast den Rat nach deinen Vorstellungen geleitet und geprägt. Dabei stand bei dir, wie schon erwähnt, die Institution «Kantonsrat» im Zentrum. Aus diesem Grund hast du stets bei der Regierung interveniert, wenn sie nicht an Kantonsratssitzungen teilnehmen wollte oder dringende Geschäfte nicht mit der nötigen Dringlichkeit behandelt wurden. Dieser Einsatz zuhanden des Rates war gerade zu Beginn der Legislatur wichtig, weil zu Beginn der Legislatur vieles neu ist und vielen die Abläufe noch unklar sind. In dieser Situation war es von grossem Wert, eine erfahrene, starke Präsidentin mit klaren Vorstellungen zu haben. Damit hast du, Sylvie, einen wichtigen Grundstein für eine erfolgreiche Legislatur gelegt. Judith Stofer, Fraktionschefin der AL, fasste das wie folgt zusammen: «Sylvie war eine wunderbare Kapitänin, die uns mit Verstand, Esprit und Klarheit sicher durch alle Sitzungen geführt hat. Ich habe diese Zeit sehr genossen.»

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Wir müssen aber auch noch auf deinen anderen beruflichen Hintergrund hinweisen, denn du hast ja zwei berufliche Herzen in deiner Brust. Und seien wir ehrlich, auch die Lehrerin drückte von Zeit zu Zeit durch. So sagte Thomas Forrer, der Fraktionschef der Grünen: «Wir Grünen werden die wohlthuende Ansagerinnenstimme von Sylvie vermissen.» Aber man durfte sich nicht täuschen, die Wohlfühlatmosphäre war gepaart mit einer guten Prise schulmeisterlicher Strenge. Sogar beim Auszählen der Stimmen musste man neu am Platz bleiben. Und Sylvie konnte sich namentliche Aufrufe nicht verkneifen, auch nicht gegenüber dem Fraktionspräsidenten der Grünen.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Zudem hast du uns alle – wir haben es bereits gehört – sehr konsequent abgeklingelt, wenn wir die Zeit überschritten hatten. Gezielt hast du auch durchblicken lassen, wenn dir ein Votum – sagen wir es diplomatisch – zu platt war. Und vor allem hast du uns in der Anfangszeit auch immer wieder einmal zum Nachsitzen verdonnert. Wenn wir an einer Sitzung zu wenig zügig vorankamen, mussten wir kurz vor 12 Uhr noch ein weiteres Geschäft erledigen. Dadurch war dein Präsidialjahr aber

auch geprägt von grosser Effizienz. Standen zu Beginn noch über 180 Geschäfte auf der Traktandenliste, waren es am Ende noch gut 120. Vor allem hat deine klare Linie aber auch geholfen, dass wir souverän in die neue Legislatur gestartet sind. Es gab keine namhaften Pannen oder Zwischenfälle und wir sind bestens aufgestellt für die weiteren Jahre dieser Legislatur. Und vielleicht wird ja auch der neue Ratspräsident, dem wir an dieser Stelle ganz herzlich zur Wahl gratulieren möchten, auch das eine oder andere Mal etwas lehrerhaft auftreten müssen.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Somit bleibt uns nun ganz zum Schluss noch der Dank: Herzlichen Dank, Sylvie, dein Superjahr als Präsidentin, dein Engagement zugunsten des Kantonsrates, zugunsten des ganzen Kantons Zürich war ausserordentlich. Das Hauptgeschenk der Fraktion hast du bereits am Gesellschaftlichen Anlass erhalten, ganz mit leeren Händen möchte wir dich aber nicht verabschieden. Du hast ja nun hoffentlich wieder mehr Zeit, deshalb haben wir dir gerade zwei Bücher mitgebracht. Eines soll dich auf deine berufliche Zukunft an der Kantonsschule Wettingen vorbereiten, es heisst «Zeitgeschichte Aargau 1950 bis 2000», da kommt einiges zusammen. Aber zuallererst musst du dich von diesem strengen Jahr ja einmal erholen und dafür gibt es einen Züri-Krimi. Er heisst «Tiefes dunkles Blau», ist geschrieben von Seraina Kobler und handelt von der Seepolizistin Rosa Zambrano.

Liebe Sylvie, nochmals ganz herzlichen Dank für dein riesiges Engagement und alles Gute für deine weitere politische und berufliche Zukunft. (*Applaus. Sylvie Matter verlässt den «Bock» und nimmt ihren Platz in den Reihen der SP-Fraktion ein.*)

### ***Antrittsrede des neugewählten Ratspräsidenten***

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Sylvie hat ihren Platz gefunden. Dann gehen wir weiter.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Wahl zum Präsidenten dieses Rates. Es ist mir eine Ehre, ein Jahr lang unsere Sitzungen leiten und das Parlament nach aussen vertreten zu dürfen. Ich freue mich auf diese Aufgaben, nehme sie aber auch mit einem gewissen Respekt in Angriff. Denn selbst wenn man diesen Posten nach immerhin zwei Lehrjahren auf Nebenplätzen antritt: Sobald man sich hier im Glanz der Glocke spiegelt, sieht die Welt doch nochmals anders aus.

Was den Ratsbetrieb angeht, scheint mir die Rolle des Präsidenten einigermaßen klar zu sein. Ich werde versuchen, hier meinen Teil zu geordneten

und speditiven Debatten beizutragen. Und ich nehme mir vor, das unparteiisch und pragmatisch zu tun. Schwieriger erscheint mir die Sache mit der Repräsentation. Was genau ist da verlangt? Ich hoffe nicht, dass erwartet wird, der Repräsentant einer Volksvertretung sei in der Lage, das ganze Volk zu repräsentieren. Denn auch wenn ich mich immer bemühe, als Brückenbauer zu wirken: Ich werde auch im Präsidentialjahr nicht in jeder Farbe leuchten können, die in unserer Bevölkerung vertreten ist. Beispielsweise habe ich ernste Zweifel, dass eine junge linke Städterin in mir schon auf den ersten Blick ihren Repräsentanten erkennt. Aber mehr als das Menschenmögliche wird zum Glück auch vom Parlamentspräsidenten nicht verlangt. Er kann beim besten Willen nicht jede Meinung und jede Weltsicht verkörpern. Aber er kann für die Institution werben, die diese Haltungen zusammenführt und in genau festgelegten Verfahren Entscheide ermöglicht. Meine Aufgabe wird es also sein, nicht Meinungen zu repräsentieren, sondern die Bereitschaft, seine Meinung einzubringen, sich zu engagieren und zu versuchen, unsere Gesellschaft so mitzugestalten, wie man es für richtig hält. Das ist das, was mich auch mit der jungen linken Städterin verbindet.

Selbstverständlich kann man sich nicht nur innerhalb der politischen Institutionen einbringen. Aber es ist wichtig, dass engagierte Zürcherinnen und Zürcher sich auch künftig für die Mitarbeit in diesem Parlament interessieren. Und dass dieses Interesse wach bleibt oder geweckt wird, dazu können wir hier einen Beitrag leisten; dann nämlich, wenn wir Probleme konkret und verantwortungsvoll angehen, wenn wir kritisch und selbstkritisch sind, wenn wir klare Positionen vertreten, aber kompromissbereit bleiben, wenn wir überlegt argumentieren und nicht reflexhaft, und vor allem auch, wenn wir plastisch reden und nicht technokratisch. Und sicher schadet es auch nicht, wenn gelegentlich eine Lust an dieser politischen Auseinandersetzung spürbar wird.

Soweit das Staatstragende, das ich Ihnen mitgeben wollte, wenn ich schon die Gelegenheit habe, hier präsidential zu sprechen. Gut machen würde sich jetzt natürlich auch noch ein kleiner Exkurs zu den wichtigsten Werken der Staatstheorie und des Staatsrechts. Ich habe mich aber um der Kürze willen entschlossen, darauf zu verzichten, und hoffe, Sie sehen mir das nach. Sie kennen das alles ja selber gründlich genug. Ohne jeden theoretischen Überbau hoffe ich also auf ein interessantes und für den ganzen Kanton gewinnbringendes Amtsjahr. Auch wenn wir weiterhin in vielerlei Hinsicht privilegiert sind, stehen auch wir vor anspruchsvollen Problemen. Die sich verschlechternde Finanzlage macht die Arbeit daran sicher nicht leichter. Aber Prioritäten zu setzen ist ja eine politische Kernaufgabe.

Einen persönlichen Wunsch noch zum Schluss: Es würde mich sehr freuen, wenn wir uns einmal vollzählig zusammenfinden könnten. Bei 180 Ratsmitgliedern ist das nicht leicht, wenn man bedenkt, was Menschen alles Erfreuliches und Unerfreuliches dazwischenkommen kann. Aber es hätte eine positive Symbolkraft. Denn jede und jeder Einzelne trägt hier etwas bei, und zwar nicht nur mit dem Abstimmungsfinger, sondern auch mit seiner Haltung und seinen Ideen. Jeder Kopf zählt. Deshalb fordere ich Sie auf, gemeinsam mit einer starken politischen Arbeit die Herausforderungen, vor denen unser Kanton steht, anzugehen und Lösungen voranzutreiben. Setzen Sie sich mit mir zusammen für einen sicheren, gesunden und erfolgreichen Kanton Zürich mit einer hohen Lebensqualität ein. Herzlichen Dank. (*Applaus*)

***Gratulation zum Beginn des Präsidentialjahres von Regierungspräsidentin Natalie Rickli***

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Bevor wir nun zu den weiteren Wahlen ins Ratspräsidium schreiten, möchte ich noch sehr herzlich der Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli zum Regierungspräsidium gratulieren. Liebe Natalie, du bist seit Mai 2019 Regierungsrätin und Vorsteherin der Gesundheitsdirektion. Du bist nicht nur eine erfahrene Regierungsrätin, sondern zweifellos auch eine der markantesten. Du liebst die politische Debatte und verstehst es, sie zu führen. Du bist an vielen Fronten engagiert, am herausragendsten natürlich in deiner Gesundheitsdirektion. Dir liegt der Gesundheitszustand der Bevölkerung im Kanton Zürich und dessen Entwicklung am Herzen, eine Aufgabe mit sehr viel Verantwortung.

Deine politische Laufbahn hast du bereits mit 20 Jahren begonnen. Dein Einsatz und dein Engagement für die Politik umfassen nun bereits fast drei Jahrzehnte. Und wüsste man es nicht, man würde es nicht glauben, so jugendlich und dynamisch und frisch, wie du hier stehst. Du bist eine pragmatische Politikerin, die über die Parteigrenzen hinweg Allianzen schmieden kann, eine humorvolle Politikerin, welche die politischen Debatten stets belebt, eine bodenständige Politikerin mit gutem Instinkt und Resistenz gegen alles Übertriebene, eine emotionale Politikerin, die weder empfindlich noch nachtragend ist, und nicht zuletzt eine stolze Magistratin, die unseren Kanton Zürich selbstbewusst repräsentiert.

Ich freue mich daher, dich zu deinem neuen Amt als Regierungspräsidentin beglückwünschen zu dürfen, und ich spreche im Namen von allen Anwesenden hier. Wir freuen uns auf das vor uns liegende Amtsjahr 2024/2025 mit unserer frischgewählten Regierungspräsidentin Natalie Rickli.

Liebe Natalie, und ganz besonders freue ich mich darauf, gemeinsam mit dir in diesem Amtsjahr den Kanton Zürich würdig zu vertreten. Und noch zum

Schluss: Danke von uns allen für das kleine Präsent, das wir heute auf unseren Pulten vorgefunden haben (*ein mit Erste-Hilfe-Artikeln gefülltes Etui*). Danke. (*Applaus*)

### ***Wahl des ersten Vizepräsidenten***

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir kommen nun zur Wahl des ersten Vizepräsidiums. Gemäss Paragraf 125 des Kantonsratsgesetzes ist auch hier geheime Wahl vorgeschrieben.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Die IFK schlägt Ihnen vor, in das Amt des ersten Vizepräsidenten zu wählen:

*Martin Farner, FDP, Stammheim.*

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass im Saal und auf der Tribüne ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Türen sind zu schliessen. Für die Ermittlung der Präsenz drücken Sie bitte die Taste 1.

Es sind 175 Ratsmitglieder anwesend. Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt und ausgefüllt werden.

Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Bleiben Sie bitte auf Ihren Plätzen, bis das Ergebnis der Wahl bekannt ist. Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Ich bitte auch die beiden Regierungsräte, ihren Platz wieder einzunehmen (*Heiterkeit*).

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	175
Eingegangene Wahlzettel	175
Davon leer	25
Davon ungültig	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	150
Absolutes Mehr	76
Gewählt ist Martin Farner mit	132 Stimmen
Vereinzelte	<u>18 Stimmen</u>



Gleich massgebende Stimmenzahl von 150 Stimmen

Ich gratuliere Martin Farner zur ehrenvollen Wahl und wünsche viel Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus*)

Ich gratuliere dir recht herzlich, Martin, und bitte dich, auf dem Stuhl rechts von mir Platz zu nehmen. (*Der Ratspräsident überreicht Martin Farner einen Blumenstrauss.*)

### ***Wahl der zweiten Vizepräsidentin***

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Die Türen bleiben geschlossen. Wir kommen nun zur Wahl des zweiten Vizepräsidiums. Auch hier ist geheime Wahl vorgeschrieben.

*Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Vorgeschlagen als zweite Vizepräsidentin ist:

*Romaine Rogenmoser, SVP, Bülach.*

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass im Saal und auf der Tribüne ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Wieder gehen wir folgendermassen vor: Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind. Es sind 175 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sie sind damit einverstanden.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	175
Eingegangene Wahlzettel	175
Davon leer	20
Davon ungültig	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl	154
Absolutes Mehr	78
Gewählt ist Romaine Rogenmoser mit	107 Stimmen
Christina Zurfluh Fraefel erhielt	18 Stimmen

Vereinzelte  
Gleich massgebende Stimmenzahl von

47 Stimmen  
154 Stimmen

Ich gratuliere Romaine Rogenmoser zur ehrenvollen Wahl und wünsche viel Erfolg und Befriedigung im Amt. (*Applaus*)

Ich bitte dich, auf dem Stuhl links von mir Platz zu nehmen. Die Türen können geöffnet werden. (*Der Ratspräsident überreicht Romaine Rogenmoser einen Blumenstrauss.*)

### ***Wahl der drei Mitglieder des Ratssekretariates***

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir kommen zur Wahl von drei Mitgliedern des Sekretariats der Geschäftsleitung.

*Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Vorgeschlagen sind:

*Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen),  
Urs Waser (SVP, Langnau a. A.),  
Monika Wicki (SP, Zürich).*

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder des Sekretariats und der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ihnen zur Wahl.

### ***Wahl der übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung***

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wir kommen zur Wahl der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung. Gemäss Paragraf 20 Absatz 1 litera d des Kantonsratsgesetzes sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Fraktionen Mitglied der Geschäftsleitung. Durch ihre Wahl in den Fraktionen und durch Meldung an die Geschäftsleitung stellen wir nun fest, dass nach Paragraf 20 Absatz 1 litera d des Kantonsratsgesetzes Mitglieder der Geschäftsleitung sind: Thomas Forrer, Grüne, Erlenbach; Marzena Kopp, Die Mitte, Meilen – sie wurde schon vorhin schon als Sekretärin gewählt –; Sibylle Marti, SP, Zürich; André Müller, FDP, Uitikon; Markus Schaaf, EVP, Zell; Judith Anna Stofer, AL, Dübendorf; Christa Stünzi, GLP, Horgen; Tobias Weidmann, SVP, Hettlingen.

Wird dieser Feststellung widersprochen? Dem ist nicht so, wir haben die Wahl festgestellt.

Es sind gemäss Paragraf 20 Absatz 1 litera d des Kantonsratsgesetzes noch zwei weitere Mitglieder der Geschäftsleitung zu wählen.

*Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Als weitere Mitglieder der Geschäftsleitung sind vorgeschlagen:

*Sylvie Matter (SP, Zürich),  
Christoph Ziegler (GLP, Elgg).*

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Ich erkläre die Vorgesprochenen als Mitglieder der Geschäftsleitung für gewählt und gratuliere ihnen zur Wahl. (*Applaus*)

Das Geschäft ist erledigt.

#### **4. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen**

für Beat Monhart

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 107/2024

*Markus Schaaf (EVP, Zell), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):* Die IFK schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon).*

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt?

*(Auf der Tribüne entrollen einige Personen um Altkantonsrat Urs Hans Transparente und präsentieren diese entlang der Brüstung.)*

Ich möchte die drei oder vier Personen auf der Tribüne bitten, die Plakate sofort wieder einzurollen. (*Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter der Parlamentsdienste, greift vom Ratssaal aus nach den Transparenten und entreisst diese den Protestierenden. Applaus.*) Danke. Es hat noch eines, bitte nehmen Sie das Plakat auch runter. (*Die angesprochene Trägerin des vierten Trans-*

*parents rollt dieses unter Protestrufen der Gruppe ein.) Ich bitte den Ordnungsdienst, diese vier Personen zu entfernen. Danke. (Die Protestierenden werden vom Ordnungsdienst der Kantonspolizei hinausbegleitet.)*

*Ratspräsident Jürg Sulser fährt fort:* Geheime Wahl wird nicht beantragt. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Andrea Grossen als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

### **5. Ersatzwahl eines Mitglieds des Spitalrates der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich für die Amtsdauer 2023–2027**

Antrag des Regierungsrates vom 6. März 2024 und Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 2. April 2024

Vorlage 5946

*Andreas Daurù (SP, Winterthur), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG):* Das bisherige Mitglied des PUK-Spitalrates (*Psychiatrische Universitätsklinik Zürich*), Guido Speck, hat Ende letzten Jahres seinen Rücktritt aus dem entsprechenden Spitalrat erklärt. Wie Sie wahrscheinlich wissen, wird Herr Guido Speck ab 1. Juni 2024 das Amt des CEO des Kantonsspitals Winterthur übernehmen. Die Vakanz im PUK-Spitalrat soll nun sinnvollerweise möglichst nahtlos wieder besetzt werden. Die Gesundheitsdirektion hat die entsprechenden Massnahmen veranlasst. Da im Spitalrat der PUK bisher kein Mitglied direkt den Bereich der Pflege abgedeckt hat, stand diese Kompetenz bei der Neubesetzung im Vordergrund, was auch die Kommission begrüsst. Mit Susanne Vanini hat die Gesundheitsdirektion nun eine Spitalrätin mit entsprechendem Profil gewählt. Diese Wahl gilt es nun unsererseits heute zu genehmigen.

Frau Vanini konnte sich an der Sitzung vom 19. März 2024 der KSSG vorstellen und die Kommission konnte dementsprechend auch Fragen stellen. Frau Vanini hat eine klassische Karriere in der Pflege hinter sich. Ab 1997 war sie dann ununterbrochen in verschiedenen Funktionen am Spital Limmattal tätig. Seit 2014 ist sie dort auch Vorsitzende der Geschäftsleitung des Pflegezentrums am Spital Limmattal, welches eng mit dem Spital selbst vernetzt ist. Zudem begleitet sie die Themen «Bildung», «Nachwuchs» und «Fachkräftemangel» schon länger, was natürlich in der aktuellen Situation sicher auch von Vorteil für den Spitalrat der PUK sein wird. Sie bringt durch

ihren beruflichen und persönlichen Hintergrund auch Erfahrung in Management und Führung mit. Im Weiteren konnte sie bei Digitalisierungsprojekten im Spital Limmattal mitarbeiten und Erfahrung sammeln, ein Thema, welches auch in der PUK in naher Zeit vermehrt zur Debatte stehen wird.

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit ist von Frau Vaninis sachlichen und persönlichen Kompetenzen überzeugt und beantragt deshalb dem Kantonsrat einstimmig, die Ersatzwahl von Frau Susanne Vanini als Mitglied des Spitalrates der PUK auf den 1. Juni 2024 zu genehmigen.

*Ratsvizepräsident Martin Farner-Brandenberger:* Ich darf schon als erster Vizepräsident walten. (*Der Ratspräsident hat den Ratssaal verlassen.*) Ich hoffe, ich mache das richtig, aber ich glaube schon.

*Brigitte Röögli (SP, Illnau-Effretikon):* Mit Susanne Vanini, einer Pflegedirektorin, haben wir eine Superkandidatin für dieses Amt. Es freut mich ausserordentlich, dass eine Pflegefachperson in eine solche Funktion kommt. Das sollte viel, viel häufiger passieren. Und aus diesem Grund werden wir diese Wahl ganz sicher unterstützen. Danke.

*Jeannette Büsser (Grüne, Horgen):* Auch wir freuen uns, dass mit Susanne Vanini eine erfahrene Expertin im Spitalrat der PUK Einsitz nimmt. Wir erhoffen uns, dass damit der Bereich der Pflege in der Strategieentwicklung endlich den dringend notwendigen Stellenwert erhält. Wir wünschen Susanne Vanini viel Erfolg und Weitsicht im Amt.

*Linda Camenisch (FDP, Wallisellen):* Auch die FDP-Fraktion unterstützt die Wahl von Frau Susanne Vanini in den Spitalrat, und wir wünschen ihr viel Glück und Erfolg bei ihrer sehr anspruchsvollen Aufgabe. Danke.

*Regierungspräsidentin Natalie Rickli:* Mit Blick auf die Uhr mache ich es auch kurz: Es freut mich sehr, dass unsere Kandidatin Susanne Vanini von Ihnen als sehr gut und professionell eingeschätzt wurde und der Regierungsrat somit eine gute Wahl getroffen hat. Nun danke ich Ihnen, wenn Sie dem Antrag der KSSG folgen und Susanne Vanini in den Spitalrat der PUK wählen. Vielen Dank.

### *Detailberatung*

#### *I. und II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

## **6. Finanzkrise bei den Zürcher Spitälern**

Dringliche Interpellation Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Brigitte Rööfli (SP, Illnau-Effretikon), Nicole Wyss (AL, Zürich), Claudia Frei (GLP, Uster), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil) vom 15. April 2024

KR-Nr. 123/2024

*Ratsvizepräsident Martin Farner-Brandenberger:* Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich Regierungspräsidentin Natalie Rickli.

*Regierungspräsidentin Natalie Rickli:* Wie üblich bei dringlichen Interpellationen verlese ich Ihnen die Antwort des Regierungsrates. Es betrifft den Regierungsratsbeschluss (*RRB*) vom 25. April 2024. Ich kann darauf hinweisen, dass dieser zehn Seiten umfasst, entsprechend können Sie jetzt mit Ausführungen von nahezu einer halben Stunde meinerseits rechnen. Ich freue mich natürlich, dies als meine erste Amtshandlung als Regierungspräsidentin heute tun zu dürfen.

Ergänzend möchte ich erwähnen, dass das Spital Wetzikon uns in der Zwischenzeit mitgeteilt hat, dass es eine Beschwerde gegen den Regierungsratsbeschluss einreichen wird. Aufgrund dessen wird sich der Regierungsrat nach dem Verlesen der heutigen Antwort bei allem, was das Spital Wetzikon betrifft, dann nicht weiter zum Sachverhalt äussern können; einfach, damit das auch noch gesagt ist. Nun verlese ich Ihnen die Antwort des Regierungsrates:

Einleitend muss festgehalten werden, dass nicht von einer generellen Finanzkrise der Zürcher Spitäler gesprochen werden kann. Die Herausforderungen für das Gesundheitswesen insgesamt und im Besonderen für die Spitäler sind aber gross. Das betrifft nicht spezifisch den Kanton Zürich, sondern die gesamte Schweiz. Zu den Herausforderungen zählen der Fachkräftemangel, der sich seit der Corona-Pandemie (*Covid-19-Pandemie*) akzentuiert hat, höhere Personalkosten, aber auch die generelle Teuerung und vor allem die nicht kostendeckenden Tarife. Darum braucht es nun rasch wichtige nationale Reformen. Allen voran eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen und den neuen Einzelleistungstarif TARDOC (*ambulanter Tarif für medizinische Leistungen*). Nur so können bestehende Fehlanreize zwischen stationären und ambulanten Behandlungen reduziert und der ambulante Bereich weiter gestärkt werden.

Seit der Corona-Pandemie hat sich im Gesundheitswesen viel verändert, das sich vorher so nicht abgezeichnet hat. Es ist generell eine Transformation im Gange, bei der es darum geht, das Spitalwesen auf künftige Bedürfnisse auszurichten. Diese Transformation wird nur möglich sein, wenn die Spitalbetriebe effizienter werden und mehr Behandlungen in den ambulanten Bereich verlagern, vermehrt Kooperationen eingehen und integrierte Versorgungsmodelle fördern. Eine wichtige Rolle wird auch der Digitalisierung zukommen.

Zudem gilt es zu präzisieren, dass für die Gesundheitsversorgung nicht allein der Kanton zuständig ist. Artikel 113 der Kantonsverfassung, LS 101, besagt, dass Kanton und Gemeinden für eine ausreichende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung sorgen. Die Sicherstellung einer bedarfs- und fachgerechten ambulanten und stationären Pflegeversorgung obliegt den Gemeinden, während der Kanton für die Spitalversorgung zuständig ist. Mit der Spitalplanung sorgt der Kanton im stationären Bereich für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Versorgung. Die ambulante medizinische Versorgung wird weitestgehend durch die auf Bundesebene definierten Zulassungsvoraussetzungen und nicht durch die Kantone gesteuert.

Mit dem Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz, SPFG, LS 813.20, verfügt der Kanton über die entsprechende gesetzliche Grundlage, um eine ausreichende und langfristig finanzierbare Gesundheitsversorgung in den Spitälern sicherzustellen. Der Kantonsrat hat das revidierte SPFG am 5. Juli 2021 mit 131 zu 40 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen, Vorlage 5637. Paragraph 20 SPFG hält fest, dass der Kanton Massnahmen ergreift, wenn der Weiterbestand eines zur Versorgung der Zürcher Bevölkerung unverzichtbaren Listenspitals mit Betriebsstandort im Kanton bedroht ist. Der Kanton kann in einem solchen Fall Darlehen oder Subventionen bis zu 100 Prozent der für den Betriebserhalt notwendigen Mittel gewähren und diese Massnahmen mit Bedingungen und Auflagen verknüpfen.

Die Gemeinden können gemäss Paragraph 20 Absatz 3 SPFG bei von ihnen betriebenen Listenspitälern gleichartige Massnahmen ergreifen. Vor diesem Hintergrund hat die Gesundheitsdirektion auch die beiden eingereichten Gesuche um finanzielle Unterstützung für das Kinderspital Zürich (*Kispi*) und das Spital Wetzikon geprüft.

Zu Frage 1:

Dass die Finanzierung des Neubaus des Kinderspitals ein komplexes und finanziell anspruchsvolles Vorhaben ist und nicht ohne staatliche Unterstützung auskommen wird, zeichnete sich früh ab. Im Beschluss des Regierungsrates vom 27. März 2024 sind sowohl die Vorgeschichte als auch das neue Unterstützungsgesuch und dessen Prüfung detailliert beschrieben, vergleiche

RRB-Nummer 326/2024. Wichtig ist, dass in dieser Chronologie zwischen Darlehen und À-fonds-perdu-Beiträgen für den operativen Betrieb unterschieden wird. Die Eleonorenstiftung reichte bereits 2013 ein erstes Darlehensgesuch für die Projektierung des Neubaus beim Kanton ein. Der Regierungsrat gewährte daraufhin mit Beschluss vom 25. September 2013 ein Darlehen in der Höhe von 51 Millionen Franken, RRB-Nummer 1078/2013. Mit Beschluss vom 16. Dezember 2015 hat der Regierungsrat das verzinsliche und zu amortisierende Darlehen auf Antrag der Eleonorenstiftung auf 150 Millionen Franken aufgestockt, nachdem zuvor die Revisionsgesellschaft PricewaterhouseCoopers den zugrunde liegenden Businessplan geprüft und für gut befunden hat, RRB-Nummer 1185/2015. Im Mai 2023 ersuchte die Eleonorenstiftung um weitere Aufstockung des Darlehens um 50 Millionen Franken. Begründet wurde das Gesuch durch Mehrkosten beim Neubau, unter anderem aufgrund der Bauteuerung. Von der Eleonorenstiftung wurde zum damaligen Zeitpunkt zugesichert, dass sie die Mehrkosten grundsätzlich durch eine Erhöhung des Spendenziels decken wollen. Die beantragte Erhöhung des Darlehens war als Absicherung gedacht und stellte nur eine von verschiedenen Optionen dar, die sie zusätzlich prüften.

Nach verschiedenen Gesprächen hat die Eleonorenstiftung dann mit Schreiben vom 1. November 2023 und 23. Januar 2024 einerseits um Erhöhung des Darlehens für den Neubau gebeten – dieses Mal um 100 Millionen Franken – und andererseits erstmals auch um À-fonds-perdu-Beiträge von 70 Millionen Franken für den operativen Betrieb. Im Rahmen der sorgfältigen Prüfung hat die Gesundheitsdirektion KPMG (*Internationales Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen*) beauftragt, die finanzielle Lage und den Businessplan der Eleonorenstiftung zu prüfen und zu plausibilisieren. Diese Prüfung hat ergeben, dass die Stiftung ihr Vermögen in den letzten Jahren zur Deckung der gestiegenen Baukosten und der Defizite des Spitalbetriebs, unter anderem aufgrund der Corona-Pandemie, aufgebraucht hat. Die Prüfung hat aber auch bestätigt, dass der Businessplan zwar ambitioniert, aber machbar ist und mit der beantragten Finanzierungslösung die Rückzahlung des Darlehens sowie die künftige Refinanzierung am Kapitalmarkt grundsätzlich möglich sind. Der Regierungsrat hat daraufhin mit Beschluss vom 27. März 2024 die Aufstockung des Darlehens um 100 Millionen Franken mit gestaffelter Auszahlung zugesichert und eine Subvention von höchstens 35 Millionen Franken für das Jahr 2024 gewährt. Über eine weitere Subvention von höchstens 25 Millionen Franken wird der Regierungsrat auf Gesuch der Eleonorenstiftung und auf der Grundlage eines rollierenden Finanzreportings sowie unter der Berücksichtigung verschiedener weiterer Auflagen entscheiden. Auf die beantragten 10 Millionen Franken À-fonds-perdu-Beiträge für das Jahr 2026 ist der Regierungsrat nicht eingetreten.



Zu Frage 2:

Wie im Beschluss des Regierungsrates vom 27. März 2024 ausgeführt, musste die ursprüngliche Kostenschätzung für den Neubau in den vergangenen Jahren bereits zweimal erhöht werden. Die Eleonorenstiftung hat zudem in den Jahren 2021 und 2022 beim Neubau im Rahmen von zwei Impairments insgesamt 265 Millionen Franken zulasten des Eigenkapitals abgeschrieben, um die finanzielle Tragbarkeit für das Spital nach der Inbetriebnahme sicherzustellen. Zum jetzigen Zeitpunkt stimmt der genannte Betrag von 761 Millionen Franken. Die Eleonorenstiftung hat diese Kostenschätzung im März 2024 nochmals bestätigt. Die Gesundheitsdirektion kann auf das Bauprojekt selber keinen Einfluss nehmen, wird die Kostenentwicklung aber im Rahmen des rollierenden Finanzreportings eng verfolgen.

Weiter hat die Gesundheitsdirektion entschieden, eine externe Untersuchung in Auftrag zu geben und auch die Finanzkontrolle beizuziehen. Dabei soll geklärt werden, welches die Hauptursachen der heutigen finanziellen Lage der Stiftung sind und welche Entscheide zum Beispiel in Bezug auf das Kostenmanagement des Neubaus dazu beigetragen haben. Die Untersuchungsergebnisse sollen dem Regierungsrat bis Ende 2024 vorgelegt werden. Daneben hat der Regierungsrat die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich eingeladen, ihm einen Bericht über ihre Beurteilung der ordnungsgemässen Stiftungsführung der Eleonorenstiftung zu erstatten.

Der Regierungsrat hat nur einem Teil der Gesuchsanträge der Eleonorenstiftung entsprochen und diese zusätzlich an strenge Auflagen geknüpft. So muss die Eleonorenstiftung der Gesundheitsdirektion bis im September 2024 Massnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken im Businessplan sowie zur Ergebnisverbesserung vorlegen mit dem Ziel, dass ab 2026 keine weiteren Kantonsbeiträge mehr erforderlich sind. Die Stiftung muss in diesem Zusammenhang auch Kooperationsmöglichkeiten und Synergiepotenziale des Kinderspitals mit dem Universitätsspital Zürich im medizinischen Bereich sowie im Supportbereich prüfen. Weiter muss die Stiftung ein rollierendes Finanzreporting bereitstellen und darin auch den Nachweis der Refinanzierung der ausstehenden Anleihe und der Rückzahlung des Kantonsdarlehens erbringen. Schliesslich muss die Eleonorenstiftung die aus der externen Untersuchung resultierenden Empfehlungen in Bezug auf die Governance und Struktur zeitnah umsetzen.

Die erforderlichen Budgetmittel für diese Finanzierungslösung müssen durch den Kantonsrat im Rahmen des entsprechenden Nachtragskredits sowie des ordentlichen Budgets 2025 bewilligt werden. Die Gesundheitsdirektion und die Eleonorenstiftung werden am 16. Mai 2024 von der vorberatenden Finanzkommission des Kantonsrates angehört und dort ebenfalls Fragen beantworten.

Zu Frage 3:

Mit Beschluss vom 24. August 2022 hat der Regierungsrat die Zürcher Spitalliste 2023 festgesetzt, RRB-Nummer 1104/2022. Im Rahmen der Spitalplanung wurde die wirtschaftliche Stabilität der Spitäler anhand von drei Kennzahlen überprüft: der EBITDAR-Marge (*Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Mieten oder Restrukturierungskosten*), der Eigenkapitalquote und der Reservequote. Ein Spital wurde grundsätzlich als wirtschaftlich stabil eingestuft, wenn es im Minimum eine EBITDAR-Marge von 8 Prozent, eine Eigenkapitalquote von 30 Prozent und eine Reservequote von drei Monaten aufwies. Die Spitäler wurden aufgefordert, eine Prognose für die Jahre 2023 bis 2032 zu erstellen und mindestens eine Geldflussrechnung zur Berechnung der erwähnten Kennzahlen einzureichen. Diese Kennzahlen wurden im Sinne einer Selbstdeklaration erhoben und durch die Gesundheitsdirektion plausibilisiert. Bei nicht nachvollziehbaren Angaben oder bei Unterschreitung der vorab definierten Richtwerte wurde eine Stellungnahme des betreffenden Spitals mit einer Begründung insbesondere für abweichende Kennzahlen eingefordert. Diese Begründung ist in die finale Beurteilung miteingeflossen.

Von der GZO AG (*Gesundheitsversorgung Zürcher Oberland*) wurden zwei der drei Kriterien zur wirtschaftlichen Stabilität erfüllt. Einzig die Eigenkapitalquote erreichte nicht den geforderten Richtwert. Diesbezüglich hat die GZO AG dargelegt, dass spätestens im Jahr 2024 das Eigenkapital mit der Aufnahme von Aktionärsdarlehen mit Eigenkapitalcharakter im Umfang von 40 Millionen Franken erhöhet werden wird. Nach Überprüfung und Plausibilisierung sämtlicher Angaben der GZO AG zu den genannten Kennzahlen wurde sie nach den damalig geltenden Kriterien insgesamt als wirtschaftlich eingestuft. Anders sah es damals bei den sich bewerbenden Spitälern Uster und Affoltern aus, bei denen die entsprechenden Prüfungen die langfristige wirtschaftliche Stabilität der Einrichtung infrage stellten. Dort intervenierte die Gesundheitsdirektion noch während des Planungsprozesses, indem das Angebot und die Ausrichtung der Spitäler zukunftsgerichtet angepasst wurden. Im Falle des Spitals Uster wurden zudem Auflagen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit an die Erteilung der Leistungsaufträge geknüpft.

Eine genauere Finanzuberprufung in Form von detaillierten Bilanzanalysen und Bonitätsprüfungen sämtlicher Spitäler, die sich um einen Platz auf der Zürcher Spitalliste beworben haben, wurde im Rahmen des Projekts Spitalplanung 2023 nicht durchgeführt und ist von Gesetzes wegen nicht vorgeschrieben. Auch die Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren zur Spitalplanung und zur Wirtschaftlich-

keitsprüfung sehen keine vertiefte Überprüfung der Bonität, der Fremdkapitalstruktur und der Finanzstrategien der Spitäler vor. Es liegt in der Eigenverantwortung der sich auf einen Platz auf der Spitalliste bewerbenden Spitäler und deren Eigentümerinnen und Eigentümer, dass sie auch in finanzieller Hinsicht genügend gut aufgestellt sind, um die erhaltenen Leistungsaufträge erfüllen zu können.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen wird die Gesundheitsdirektion nun aber die Jahresabschlüsse und Revisionsberichte sämtlicher Listenspitäler sichten und analysieren. Zur Schaffung einer höheren Transparenz über die wirtschaftliche Stabilität wird die Gesundheitsdirektion zudem gemeinsam mit dem Verband Zürcher Krankenhäuser die relevanten Finanzkennzahlen definieren. Die Listenspitäler müssen diese künftig nicht nur bei der Bewerbung auf einen Listenplatz, sondern jährlich der Gesundheitsdirektion vorlegen.

Zu Frage 4:

Im Rahmen der Zürcher Spitalplanung 2023 wurden mit Bezug auf die Region des Zürcher Oberlands umfassende Leistungsaufträge im Bereich Rehabilitation den Zürcher Reha-Zentren, Standort Wald, erteilt. Die Zürcher Reha-Zentren signalisierten damals die Bereitschaft, kurz- bis mittelfristig Leistungen vom Standort Wald im Sinne einer akutspital- und wohnortsnahen Rehabilitation an einen geeigneteren Standort beziehungsweise geeignetere Standorte in der Region Oberes Glatttal – Zürcher Oberland zu verschieben, was der Regierungsrat ausdrücklich begrüßte. Es liegt an den Zürcher Reha-Zentren, den geeigneten Standort in der Region zu bestimmen. An der Strategie zum Ausbau des akutspital- und wohnortnahen Rehabilitationsangebotes im Kanton Zürich wird grundsätzlich festgehalten.

Die GZO AG hat ihr Gesuch um finanzielle Unterstützung vertraulich an den Regierungsrat gerichtet. Deshalb wurde auf einen Austausch mit anderen Kantonen verzichtet. Kommt hinzu, dass die neue Spitalliste Akutsomatik des Kantons Sankt Gallen für die GZO AG Spital Wetzikon nur einen einzigen Leistungsauftrag führt und dieser zudem befristet bis Ende 2027 erteilt worden ist.

Zu Frage 5:

Die Gesundheitsversorgung im Zürcher Oberland könnte nach aktuellen Analysen auch ohne das Spital Wetzikon gewährleistet werden. Mit dem Spital Uster steht in unmittelbarer Nachbarschaft ein weiteres Regionalspital mit ähnlichem Leistungsangebot zur Verfügung. Die Gesundheitsdirektion steht in engem Kontakt mit allen umliegenden Spitälern und dem Verband Zürcher Krankenhäuser, um die Versorgung der Bevölkerung des Zürcher Oberlands bei einem eventuellen Ausfall des Spitals Wetzikon auch kurzfristig sicherstellen zu können.

*(Der Ratspräsident erinnert die Regierungspräsidentin an die Redezeitbeschränkung.)* Ich kann nicht schneller zum Ende kommen, denn ich muss ja vorlesen, was der Regierungsrat beschlossen hat, tut mir leid, das wurde so bestellt. Aber ich muss sagen, ich habe langsam auch Durst. Vielleicht könnte mir mal schnell jemand ein Wasser bringen, damit ich noch zu Ende lesen kann. *(Der Weibel bringt das Gewünschte.)*

Allfällige verlängerte Weg- und Wartezeiten haben grundsätzlich keinen Einfluss auf die eigentliche Behandlungsqualität. Falls nötig, können mittel- und langfristig partielle Kapazitätserweiterungen bei den umliegenden Spitälern, spezielle Kooperationskonzepte, zielgerichtete Zuweisungen und eine Stärkung der Ambulantisierung eine weiterhin bedarfsgerechte und hochstehende medizinische Versorgung der Bevölkerung im Zürcher Oberland sicherstellen.

Zu Frage 6:

Wie einleitend ausgeführt, ist die finanzielle Situation in fast allen Spitälern der Schweiz und so auch in den Listenspitälern im Kanton Zürich angespannt. Obwohl die in den vergangenen Jahren ausgewiesenen Unternehmensverluste die Eigenmittel der Spitäler schmälern, verfügen die Listenspitäler zurzeit vorwiegend noch über eine ausreichende Eigenmittelbasis. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch nicht alle Jahresabschlüsse der Zürcher Listenspitäler vor. Wie vorne ausgeführt, wird die Gesundheitsdirektion diese nach Vorliegen sichten und künftig jährlich die relevanten Finanzkennzahlen der Listenspitäler prüfen.

Gestützt auf Paragraph 20 SPFG ergreift der Kanton Massnahmen, wenn der Weiterbestand eines zur Versorgung der Zürcher Bevölkerung unverzichtbaren Listenspitals mit Betriebsstandort im Kanton bedroht ist. Es ist aber nicht Aufgabe des Kantons, einzuspringen, um Gläubigerinnen und Gläubiger sowie Banken schadlos zu halten. Jedes Spital, das sich um einen Platz auf der Spitalliste bewirbt, ist selber dafür verantwortlich, dass es diesen Leistungsauftrag erfüllen kann. So liegt auch die strategische und operative betriebswirtschaftliche Verantwortung ausschliesslich bei den verantwortlichen Organen der Listenspitäler und ihren Eigentümerinnen und Eigentümern. Ob ein Spital versorgungsrelevant ist, lässt sich nicht allgemeingültig beantworten. Das muss im Einzelfall und auf die dazumal vorherrschende Versorgungssituation ausgerichtet analysiert und beurteilt werden.

Zu Frage 7:

Es wird nicht mit einer Welle von Spitalkonkursen im Kanton gerechnet. Wichtig ist aber, dass die einleitend erwähnten Probleme und Herausforderungen im Gesundheitswesen nun angegangen werden. Auf nationaler Ebene gibt es die bereits erwähnte Vorlage für eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen. Gegen diese wurde das Referendum

ergriffen. Weiter soll TARMED (*Tarifstruktur für ärztliche Leistungen*) durch den neuen Einzelleistungstarif TARDOC abgelöst werden, wozu ein Genehmigungsentscheid des Bundesrates erforderlich ist. Dadurch soll die Ambulantisierung zwingend weiter gestärkt werden. Dazu braucht es sachgerechte und vor allem kostendeckende Tarifstrukturen. Nur so können bestehende Fehlanreize zwischen stationären und ambulanten Behandlungen reduziert werden. Der ambulante Bereich ist einerseits kostengünstiger und entlastet andererseits auch das Spitalpersonal, das nicht mehr über Nacht und an Wochenenden Dienst leisten muss.

Einige Lösungsansätze sind somit aufgegleist, andere Herausforderungen bleiben bestehen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Eigentümerinnen und Eigentümer der Spitäler und die obersten Leitungsgremien ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Finanzplanung sorgfältig und vor allem weitsichtig führen. Seit Inkrafttreten der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, SR 832.10, im Jahr 2012 und der Umstellung von einer Objekt- zu einer Subjektfinanzierung erhalten die Spitäler für ihre Leistungen fallbezogene Pauschalen. Mit diesen müssen sie auch ihre Investitionen decken.

Die Spitäler haben durch diese Systemumstellung eine grössere unternehmerische Freiheit erhalten, gleichzeitig aber auch eine grössere finanzielle Verantwortung. Eine generelle Defizitdeckung durch den Kanton ist nicht mehr vorgesehen. Aus diesem Grund plant der Kanton Zürich auch keinen vorsorglichen Rettungsschirm für finanziell bedrohte Spitäler. Wie ausgeführt, kann der Kanton, gestützt auf das SPFG, in Ausnahmefällen eine zusätzliche finanzielle Unterstützung leisten. Wichtig ist aber zu betonen, dass ein Platz auf der Spitalliste nicht automatisch einer Staatsgarantie gleichkommt.

Der Blick über die Kantonsgrenze hinaus zeigt, dass die Kantone Aargau und Sankt Gallen ihre kantonalen Spitäler finanziell unterstützt haben. Der Kanton Basel-Stadt will dem Universitätsspital ein Darlehen zur Realisierung der Neubauten gewähren. Und auch der von der Berner Regierung kommunizierte Rettungsschirm soll unter anderem die kantonalen Psychiatrien unterstützen. In den erwähnten Kantonen wurden somit grossmehrheitlich kantonale Spitäler finanziell unterstützt. Im Kanton Zürich haben sich privatrechtlich organisierte Leistungserbringer an den Kanton gewandt.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass die Gesundheitsdirektion nach Vorliegen die Jahresabschlüsse und Revisionsberichte sämtlicher Listenspitäler sichten und analysieren wird. Auch künftig wird sie jährlich die relevanten Finanzkennzahlen prüfen. In Bezug auf das Kinderspital Zürich wird die Gesundheitsdirektion die bereits beschlossenen Massnahmen nun rasch vorantreiben. Daneben ist es wichtig, dass die erwähnten nationalen

Reformen erfolgen. Auch dafür wird sich die Gesundheitsdirektion entsprechend ihren Möglichkeiten einsetzen.

Ich bin am Ende angelangt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster):* Vielen Dank Ihnen, Frau Rickli, dass Sie hier und heute unsere drängendsten Fragen zur Finanzkrise bei den Zürcher Spitälern beantwortet haben. Wir Grünen waren schockiert ob der so kurzfristig erfolgten Rettungsaktion beim Kispi und auch ob der drohenden und inzwischen erfolgten provisorischen Nachlassstundung bei der GZO AG, Spital Wetzikon. Erst gerade noch im August 2022 bescheinigte der regierungsrätliche Strukturbericht zur Spitalplanung 2023 den beiden Spitälern wirtschaftliche Stabilität und Kosteneffizienz, Sie haben dies ausgeführt. Für uns Grüne ist es deshalb weiterhin nur sehr schwer verständlich, dass die Gesundheitsdirektion nicht besser auf die verschlechterte finanzielle Lage dieser zwei Spitäler vorbereitet war. Sie haben es auch angetönt, aber für uns ist ein wesentlich aussagekräftigeres Versorgungs- und Finanzmonitoring über alle Listenspitäler in unserem Kanton zwingend nötig. Die Bonitäts- und eben auch Fremdkapitalstrukturanalyse sollte in Zukunft jährlich erfolgen. Wer den RBB vom 27. März 2024 zur Finanzlösung bei der Eleonorenstiftung beziehungsweise beim Kispi liest, kann sich nämlich durchaus bereits weitere Sorgen machen. Gemäss dem Businessplan der Stiftung, so steht es in diesem RRB, wird diese erst ab 2029 wieder ein positives Ergebnis erzielen. Gleichzeitig muss sie aber bereits 2028 eine erste Anleihe über 200 Millionen Franken ablösen, wofür sie über deutlich mehr Eigenkapital wird verfügen müssen, als dies heute der Fall ist. Wie sie dieses Ziel erreichen will, bleibt für uns auch weiterhin schleierhaft. Wir fragen uns deshalb schon heute, ob der Kanton Zürich in wenigen Jahren beim Kispi nicht ein weiteres Darlehen oder eben auch eine weitere Subvention wird sprechen müssen. Dass die Gesundheitsdirektion das GZO Spital Wetzikon kurz vor der Fertigstellung seines Neubaus gänzlich seinem eigenen Schicksal überlässt, erstaunt uns ebenfalls. Noch im Strukturbericht vom August 2022 wurde angekündigt, dass dem GZO Spital Wetzikon künftig nicht nur im akutsomatischen Bereich, sondern auch im Bereich der wohnorts- und akutspitalnahen Rehabilitation eine wichtige Rolle zukommen soll.

Für uns ist klar, das GZO Spital Wetzikon spielt in seiner Region bis in den angrenzenden Kanton Sankt Gallen hinein eine zentrale Versorgerrolle. Es wäre für uns Grüne daher zwingend gewesen, dass sich der Kanton Zürich zur Einschätzung der Versorgungsrelevanz des GZO Spitals Wetzikon mit dem Kanton Sankt Gallen kurzschliesst. Sie haben hier auf die Vertraulichkeit hingewiesen, auf die Vertraulichkeit des Gesuchs der GZO AG Spital Wetzikon. Das greift für uns zu kurz. Es kann nicht sein, dass ein Spital

sozusagen die Spielregeln diktiert, wie der Kanton dann in Sachen Spitalplanung konkret weiter fortschreiten muss. Wir haben es auch gehört, der Kanton Sankt Gallen hat dem GZO Spital Wetzikon erst gerade kürzlich einen Leistungsauftrag für die Schlaganfallversorgung erteilt. Auch spielt das GZO Spital Wetzikon eine wichtige Bedeutung als Aus- und Weiterbildner. Und dennoch sehen auch wir: Wenn es um die Refinanzierung der Obligationen-Anleihe bei diesem Spital geht, ist primär nun die Spitalträgerschaft in der Verantwortung.

Sollte das GZO Spital Wetzikon in den kommenden Monaten schliessen müssen, erwarten wir Grüne von der Gesundheitsdirektion, so wie sie es heute auch angedeutet hat, dass sie die medizinische Grund- und Notfallversorgung über die umliegenden Spitäler sichern hilft. Darüber hinaus muss sich die Gesundheitsdirektion im Sinne ihrer Planungs- und Steuerungsfunktion für uns aber auch umgehend Gedanken darüber machen, welche Art von Grund- und Notfallversorgung an diesem Standort im Zürcher Oberland in Zukunft weiterhin Sinn machen könnte.

Werte Frau Regierungspräsidentin, das Gesundheitswesen, wir wissen es alle, befindet sich in einer dynamischen Transformationsphase. Wir Grüne erwarten, dass die Gesundheitsdirektion diese Transformation unseres Gesundheitswesens aktiver als bis anhin plant und steuert. Eine Finanzkrise bei weiteren Zürcher Spitälern gilt es entschieden zu vermeiden. Eine Konkurswelle bei den Zürcher Spitälern können wir uns schlicht nicht leisten. Die Zürcher Bevölkerung will und soll weiterhin auf eine bedarfsgerechte und gut zugängliche Grund- und Notfallversorgung und auf eine fokussierte medizinische Spezialversorgung zählen können. Deshalb verlangen wir Grüne für den Fall eines drohenden Versorgungsnotstandes einen Rettungsschirm, so wie ihn aktuell auch der Kanton Bern plant.

Zusammengefasst: Von der Gesundheitsdirektorin und ihrer Direktion erwarten wir also insgesamt eine wesentlich aktivere, vorausschauendere und auch krisentaugliche Spitalplanung beziehungsweise Spitalpolitik. Besten Dank.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* Das politische Handwerk verstehen: Wenn man einen Vorstoss macht, eine dringliche Interpellation einreicht, dann muss man das politische Handwerk verstehen und die Fristen einhalten. Zuerst Hyperaktivismus, dann bemerken, dass die Beantwortung und Diskussion auf das heutige Datum fallen, das ist schlechte Politik, das ist schlechter Stil. Und da Rotgrün niemanden auf dem «Bock» hat, könnte man von Vorsatz sprechen, ein einfaches Vorpreschen als Störaktion des heutigen Wahlmorgens.

Grundsätzlich ist festzuhalten, die Regierungspräsidentin hat es gesagt: Es besteht keine Krise der Zürcher Spitäler. Einleitend: Auf die inflationäre Verwendung des Begriffes «Krise» kann ich mich beziehen, Sie haben ja eine Klimakrise, eine Finanzkrise, eine Pflegekrise und weitere Krisen, vielleicht sogar eine Fraktionskrise und wir sind vielleicht bei einer politischen Krise an einem Wahlmontag. Aber «Krise» bezieht sich eigentlich auf einen Höhe- oder einen Wendepunkt in einer Entwicklung. Die Frage bleibt also im Raum stehen: Gibt es eine Wendung zum Guten oder wird es schlechter werden? Und hier haben wir leider keine Antwort erhalten, denn die Transformation im Gesundheitswesen ist in der ganzen Schweiz im Gange und der Kanton Zürich hat mit dem Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz ein gutes politisches Instrument, um es zu begleiten. Die SVP hatte den Subventionsartikel, wo steht «Der Kanton kann bis zu 100 Prozent gewähren», kritisch bis ablehnend begleitet; so viel einfach zur Erinnerung.

Zur Frage 1, die Eleonorenstiftung: Man wusste schon lange, dass sie ein Gesuch um ein Darlehen gestellt hatte, dass dieses erhöht wurde. Und im TeleZüri (*Zürcher Privatfernsehsender*) hat der entsprechende Stiftungspräsident (*Martin Vollenwyder*) auch ausgeführt, wie man es wieder zurückzahlen möchte. Die Mehrkosten beim Bau fallen natürlich sehr ins Gewicht, und mit einem Totalbetrag von 781 Millionen Franken ist es klar, dass dieser Bau so nicht getragen werden kann in Betrieb und Unterhalt. Aber die Bauteuerung ist das eine. Das andere ist, dass mit zwei Impairments über 200 Millionen Franken plus/minus die Eleonorenstiftung das Eigenkapital sozusagen aufgebraucht hat. Hier muss die Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich sicher «an die Säcke», wie man so schön sagt, sie ist gefordert und sie muss es untersuchen.

Die Finanzierung, das Finanzreporting wurde angefragt in Frage 3: Wir kennen die EBITDAR-Marge von 8 Prozent, eine Eigenkapitalquote von 30 Prozent und eine Reservequote für den Betrieb über drei Monate. Das hat Regierungspräsidentin Rickli ausgeführt und das muss genügen. Ich glaube nicht, dass der Kanton mehr vorzusehen hat und mehr zu machen hat. Natürlich kann man jährlich die Finanzüberprüfung machen mit detaillierten Bilanzzahlen, aber das überlassen wir doch dem Amt für Gesundheit. Dieses wird dort genau hinschauen und wir können beruhigt sein, die Politik muss hier nichts vorsehen. Es gibt also keine Aufgabe einzuspringen, aber die Relevanz ist im Einzelfall zu prüfen.

Und es braucht sicher keinen Rettungsschirm. Sie haben hier schon wieder ein Horrorszenario und reden von einer Welle von Konkursen, ohne die Situation genau zu kennen. Und sonst dürfen Sie sich gerne an Ronald Alder (*Kantonsrat und Mitarbeiter des Verbandes der Zürcher Krankenhäuser*) wenden, der Ihnen diese Zahlen der Zürcher Spitäler liefern kann. Ich



möchte mich hier für die SVP bei der Regierungspräsidentin Natalie Rickli für die mündliche Beantwortung der dringlichen Interpellation bedanken und hoffe, die Diskussion dauert nicht mehr allzu lange an. Dankeschön.

*Brigitte Rööfli (SP, Illnau-Effretikon):* Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Co-Präsidentin der Patientenstelle Zürich.

Die Finanzkrise an den Spitälern ist hausgemacht. Das System ist krank. Die finanzielle Situation des Kinderspitals und des Spitals Wetzikon zeigt auf, dass die heutige Spitalfinanzierung gescheitert ist. Die finanzielle Situation dieser Betriebe zeigt aber auch einmal mehr die grossen Probleme, wie diese Spitalfinanzierung mit der KVG-Revision (*Krankenversicherungsgesetz*), die 2009 eingeführt wurde, schlecht aufgestellt wurde. Diese zwingt die Kantone dazu, ihre Spitalplanung isoliert an Wirtschaftlichkeit und an Kosteneffizienzfaktoren zu orientieren.

Der Kanton muss mehr Einfluss nehmen, damit – und deshalb habe ich meine Interessenbindung vorhin genannt – die Qualität belohnt wird und nicht, wie bis jetzt, die Quantität. Das heisst, wenn eine Generalistin eine Leistung erbringt, welche den anderen Fachgebieten hilft oder diese gut einbezieht und den Menschen und nicht das Organ ins Zentrum stellt, muss dies honoriert werden, und das ist heute nicht der Fall. Die Innere Medizin und generell die Grundversorgung müssen gestärkt werden. Der Kanton muss auch Einfluss nehmen, damit die Tarife an öffentlichen Spitälern erhöht werden, da diese immer auch die unattraktiven und auch sehr komplexen Risiken behandeln müssen. Zudem muss er beim Bund dafür einstehen, dass die ambulanten Leistungen kostendeckend abgerechnet werden können.

Es braucht auch mehr Einfluss auf die Bautätigkeiten der systemrelevanten Spitäler. Dass nun das Kispi teuer gebaut hat und der Kanton hier helfen muss, ist grundsätzlich ein Skandal. Ich bin aber froh, dass der Regierungsrat und Frau Rickli gesehen haben, dass hier die Situation und auch die Stiftung überprüft werden müssen. Ein systemrelevantes Spital muss aus unserer Sicht in der direkten Aufsicht des Kantons stehen und soll und kann aus Sicht der SP nicht über eine Stiftung geführt werden. Das wird ein längerfristiges Thema bleiben und darauf kommen wir später noch zurück.

Es braucht vom Kanton eine attraktive und ehrliche Spitalplanung, welche offenlegt, welche Strategien er verfolgt. Es kann nicht sein, dass die Regierung die heissen Kartoffeln einfach in der Pfanne lässt, bis sie verbrannt sind, das heisst, bis die Spitäler Konkurs gegangen sind. Wir haben noch verschiedene andere Spitäler, welche wohl bald in die Schieflage gelangen könnten. Was ist Ihr Plan, Frau Rickli? Grundsätzlich bin ich froh, dass ich vorhin gehört habe, dass Sie alle Listenspitäler näher überprüfen und auch analysieren wollen.

Wir haben einen Fachkräftemangel. Für die Mitarbeitenden in Wetzikon ist die aktuelle Situation sehr belastend. Ich bin überzeugt, dass, sollte das Spital Konkurs gehen, viele Mitarbeitende nicht einfach eine Stelle in einer anderen Institution antreten würden, sondern den Beruf wieder verlassen würden. Das können wir uns nicht leisten. Es braucht umfassende strukturelle Überlegungen der Gesundheitsdirektion für die Zukunft. Es braucht eine klare, verlässliche Strategie in der Spitalplanung, auch zusammen mit den angrenzenden Kantonen. Wir wollen keine «Pflasterlipolitik» betreiben und die Ressourcen verschwenden. In Wetzikon droht eine Spitalschliessung. Wie geht es nachher weiter? Es braucht aus unserer Sicht in jeder Region des Kantons umfassende Grund- und Notfallversorgungen. Sofern das Spital Wetzikon nicht weiter als Spital betrieben werden kann, muss die Idee der SP eines integrativen Versorgungsnetzwerkes, zum Beispiel mit einem ambulanten Gesundheitszentrum zur regionalen Primärversorgung, vorangetrieben werden. Die SP hat bereits im Februar 2023 ein entsprechendes Postulat (*KR-Nr. 60/2023*) eingereicht.

Fazit: Der Kanton muss beim Bund intervenieren, damit die Spitalfinanzierung die Qualität und nicht die Quantität der Behandlung fördert. Ich bin froh, Frau Rickli, dass Sie dort auch aktiv werden wollen. Es braucht eine transparente, kantonsübergreifende, zukunftsorientierte Spitalplanung. Die Grundversorgung in allen Regionen des Kantons muss auf einem guten Niveau gewährleistet werden. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Raffaella Fehr (FDP, Volketswil):* Sehr geehrter Kantonsratspräsident, geschätzte Frau Regierungspräsidentin, Ihnen beiden wünsche ich zuerst einen guten Start in Ihr Amtsjahr.

Wir danken der Regierung für die Beantwortung der Fragen, auch wenn ich ehrlich gestehen muss: Hier und heute wird sich deshalb nichts verändern. Wir sind froh, dass die Regierung bei der finanziellen Unterstützung von Spitälern Zurückhaltung beweist, und sind uns dennoch sicher, dass wir im ganzen Kanton auch weiterhin auf eine gute Gesundheitsversorgung zählen dürfen. Bei den dargestellten finanziellen Risiken, welche der Kanton übernimmt oder eh schon trägt, sind wir zurückhaltend und skeptisch. Alle Schuld an der jetzigen Situation auf die Tarife und nach Bern zu schieben, wäre unseres Erachtens Augenwischerei. Wir hatten in den vergangenen Jahren einige Gelegenheiten, um über die finanzielle Situation der Spitäler und unsere Handlungsoptionen zu diskutieren, wir haben keine genutzt. Darum nutze ich die Gelegenheit, jetzt darzulegen, welche Gründe die FDP für die aktuelle Situation sieht. Auf die Spitäler gehe ich nicht allzu nahe ein.

Kommen wir zu den drei Punkten: zu wenig Ambulantisierung aufgrund von Fehlanreizen bei den Tarifen. Der zweite Punkt: zu grosse Investitionen in

stationäre Einrichtungen. Und der dritte Punkt: zu grosse Kostensteigerungen auch im Bereich Personal. Für einige Spitäler resultiert das in zu tiefen Rentabilitäten und Eigenkapitalquoten, um langfristig überlebensfähig zu sein.

Kommen wir zum Punkt 1, den Tarifen: Ja, wir stimmen der Regierungspräsidentin zu, wir brauchen TARDOC. Nur mit kostendenkenden ambulanten Tarifen wird die notwendige und sinnvolle Ambulantisierung stattfinden. Doch das wissen wir alle längst und liegt ausserhalb unseres Wirkungsfeldes. Vielleicht hat die Krise etwas Positives und es gibt einen Ruck, der bis nach Bern geht.

Zu Punkt 2, den hohen Investitionen in stationäre Einrichtungen: Die Spitäler versuchen mit grossen Investitionen in moderne, prozessoptimierte Infrastruktur zu punkten. Die finanzielle Substanz dazu fehlt leider oft. Die Flucht nach vorne könnte hier zum Schuss, der nach hinten losgeht, werden. Die Verantwortung dafür liegt bei den Leistungserbringern und den Institutionen.

Kommen wir zum Punkt 3, zu grosse Kostensteigerungen durch Personalmassnahmen: Die Diskussionen zum Gesundheitswesen waren in den vergangenen Jahren immer von einem geprägt, dem Fachkräftemangel. Das scheinbar einfachste Instrument «mehr Lohn, weniger Arbeitszeit» trägt nun zu wesentlichen Teilen dazu bei, dass die Eigenkapitalbasis der Spitäler zusammengeschrumpft ist. Die Lösung für den Fachkräftemangel liegt unseres Erachtens aber in der Ambulantisierung und in der Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Weiteres können die Arbeitgeber durchaus von sich aus tun.

Ausserdem haben wir im Bereich «Personal» ein weiteres grosses Problem: Die kantonalen Spitäler müssen sich an ein starres, wenig wirtschaftliches und wenig qualitäts- oder leistungsorientiertes kantonales Personalrecht halten. Dazu kommt das verantwortungslose Verhalten der Stadt Zürich, welche völlig unreflektiert Steuergelder in ihren Spitälern vernichtet. Aufgrund ihrer Grösse haben diese Institutionen aber einen prägenden Einfluss auf die Entwicklungen in der gesamten Branche. Die Leidtragenden sind die weniger finanzstarken Träger, die Kommunen in den ländlicheren Regionen. Kurz: Für die FDP liegt die Akzentuierung der schwierigen finanziellen Lage der Spitäler in zu wenig Ambulantisierung infolge tariflicher Fehlanreize, zu hohen Investitionen im stationären Bereich und zu hoher Personalkostensteigerung.

Aufgrund der Ausführung der Regierungspräsidentin und unserer Analyse der Ausgangslage zeigen sich für die FDP folgende Handlungsfelder: Zum einen – und dieser Punkt ist uns am wichtigsten – brauchen wir eine Definition der Systemrelevanz. Das SPFG spricht von der Unverzichtbarkeit einer

Institution. Diese Aussage geht für die FDP zu weit. Bezüglich Systemrelevanz oder Unverzichtbarkeit müssen die einzelnen Leistungsbereiche einer Institution betrachtet werden. Nur weil beispielsweise das Kispil im Bereich «Verbrennungen» Systemrelevanz hat, ist es noch nicht als ganze Institution unverzichtbar. Ausserdem muss die Definition der Systemrelevanz sehr eng gehalten werden. Finanzielle Unterstützung darf nur dann gewährt werden, wenn die Erbringung einer systemrelevanten Leistung unmittelbar gefährdet ist. Damit ...

*Ratspräsident Jürg Sulser unterbricht die Votantin:* Frau Fehr, kommen Sie langsam zum Schluss.

*Raffaella Fehr fährt fort:* Ja. Damit kann dem Aufkommen einer «Ach-im-Notfall-zahlt's-ja-eh-ein-anderer»-Haltung entgegengewirkt werden. Und wir brauchen eine effektive Kontrolle über vom Staat finanziell unterstützte Spitäler. Sie gehören unter strenge Kontrolle bezüglich Wirtschaftlichkeit, Qualität der Aufgabenerfüllung und Governance. Das empfehlen wir übrigens auch allen kommunalen Trägern, welche ja ihr finanzielles Engagement eher ausweiten als schmälern. Und wir brauchen die Diskussion über ...

*Ratspräsident Jürg Sulser unterbricht die Votantin erneut:* Bitte kommen Sie zum Schluss! (*Zwischenruf der Votantin:* «Zehn Minuten!») Fünf! Sie sind schon bei über sechs Minuten.

*Raffaella Fehr fährt fort:* Wir brauchen die Diskussion über den Ort und den Inhalt der Planung der Gesundheitsversorgung und es braucht eine Konsolidierung im Gesundheitswesen. Ja, wir glauben, dass eine gute Gesundheitsversorgung auch mit weniger Spitälern stattfinden kann. Wir brauchen die Ambulantisierung. Besten Dank.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Ich fälle jetzt hier einen präsidialen Entschluss: Wir haben den Caterer auf 11.30 Uhr bestellt. Jetzt ist es schon fast 11.50 Uhr. Ich unterbreche jetzt diese Debatte. Wir führen diese Debatte am nächsten Montag weiter. Einfach so zur Info.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Es wäre uns natürlich wichtig, dass Frau Rickli bei dieser Debatte, wenn wir sie nächsten Montag fortführen, auch dabei ist. Wir hoffen, dass das so klappt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Danke. Wünscht Natalie Rickli noch zu den Ausführungen von Thomas Forrer das Wort? Zu meiner Entscheidung bitte nicht mehr (*Heiterkeit*).

*Regierungspräsidentin Natalie Rickli:* Ich würde es trotz allem begrüßen, wenn wir die Debatte heute fortführen könnten. Denn ich glaube, es war ja ein Antrag da, das am nächsten Montag zu machen; ich hätte mich danach gerichtet. Das ging aber nicht und jetzt ist mein Montag schon wieder voller Termine. Das finde ich eher schwierig. Wenn Sie mich bestellen, muss ich alles wieder umplanen. Von mir aus können wir auch heute noch fertigmachen. Ich bin hier und habe Zeit.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Danke für Ihre Ausführungen, Frau Rickli. Ich habe einen Entscheid gefällt (*Heiterkeit*) und ich wäre froh, wenn Sie am nächsten Montag hier wieder dabei wären. Wir haben jetzt noch fünf Sprecher (*auf der Rednerliste*) und ich gehe davon aus, dass das weitergeht. Ich habe den Caterer auf 11.30 Uhr bestellt und hoffe, dass Sie damit einverstanden sind.

*Die Diskussion über die Interpellation KR-Nr. 123/2024 wird abgebrochen. Fortsetzung der Debatte am 13. Mai 2024.*

## **7. Verschiedenes**

### ***Einladung zum Apéro***

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Jetzt habe ich noch etwas zu mir selber, ich möchte noch meinen Kantonsratswein für das Amtsjahr 2024/2025 vorstellen: Für die diesjährigen Kantonsratsweine haben wir uns für die Weine des Klosters Fahr im schönen Zürcher Limmattal entschieden. Die Weinhandlung «Jeggli Weine» vertreibt diese Weine, und zusammen mit dem Jeggli-Weinteam und Dominic Mathies, dem Kellermeister des Klosters Fahr, haben wir die Weine für dieses Amtsjahr ausgesucht. Die Weine aus den Weinbergen in Weiningen – ich bitte um mehr Ruhe – vereinen Tradition und Regionalität. Seit dem 11. Jahrhundert wird im Limmattal nachweislich auf den klostereigenen Rebbergen Weinbau betrieben. Die verantwortlichen Keller- und Rebmeister fokussieren sich dabei sowohl auf die bekannten ortstypischen wie aber auch auf internationale Traubensorten. Beim Weisswein haben wir uns für einen 100 Prozent reinen Pinot Gris entschieden, ein

körper- und aromenreicher Wein mit einer schönen Cremigkeit, der hervorragend zu reichhaltigen Apéros passt.

Die rote «Assemblage Jürg Sulser» ist eine Cuvée, die wir eigens für dieses Amtsjahr kreiert haben. Diese Cuvée setzt sich zusammen aus den Traubensorten Zweigelt, Cabernet Sauvignon und Malbec, eine Kombination, die zu einem eleganten und duftenden Rotwein führt, der es wahrlich in sich hat. Er ist der ideale Begleiter zur typisch schweizerischen Küche. Der Winzer und auch Leute vom Jeggli-Weinteam werden Sie nachher draussen beim Apéro noch ausführlicher über die beiden Weine informieren.

Jetzt lade ich Sie herzlich ein zum Apéro und zum Abschluss der Wahlen zu meinem Amtsjahr 2024/2025.

### *Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse*

- **Kanton Zürich als Trägerin des Kinderspitals**  
Motion *Sibylle Marti (SP, Zürich), Michael Bänninger (EVP, Winterthur), Nicole Wyss (AL, Zürich)*
- **Grundlagen für einen Zürcher Spitalverbund**  
Motion *Pia Ackermann (SP, Zürich), Nicole Wyss (AL, Zürich)*
- **Sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in kantonalen Institutionen**  
Postulat *Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen), Daniela Rinderknecht (SVP, Wallisellen)*
- **Verbesserung der Erste-Hilfe-Massnahmen durch Passantinnen und Passanten**  
Anfrage *Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich)*
- **Integration von Tempo-30-Strecken in die Tempo-30-Zonen**  
Anfrage *Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), Ronald Alder (GLP, Ottenbach)*
- **Abhängigkeitssyndrom durch ärztlich verschriebene Opiate**  
Anfrage *Renata Grünenfelder (SP, Zürich), Reto Agosti (FDP, Küsnacht), Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon)*

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Zürich, den 6. Mai 2024

Die Protokollführerin:

Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 3. Juni 2024.